

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 36 / 44. Jg.

4. Sept. 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.— Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktionsschluß: Montag, Ferrar: B 2, Lützow 5383.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Reize 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsgart Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Verbandsbeitrag und Verbandsunterstützungen

Daß der Verbandstag in Erfurt grundsätzlich zur Orientierung des Verbandes Stellung nehmen mußte, war aus den Ereignissen der Zeit, aus der dem Verbandstag gegebenen Tagesordnung und aus den Abhandlungen des Verbandsorgans deutlich zu erkennen. Wenn die Wirtschaft Strukturwandlungen unterliegt, muß auch der Verband seine Einrichtungen wandeln. Denn der Verband ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Seine Aufgaben sind in den Satzungen fest umrissen. Neben dem Ziel der Aufrichtung einer besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren Grundlage die Gemeinschaft ist, hat der Verband die Aufgabe, die Interessen der Kollegen auch in der Jetztzeit nach den gegebenen Kräften zu vertreten. Die daneben gepflegte Hilfeleistung in allen Notfällen des Lebens ist zwar ebenfalls von großer Bedeutung, jedoch zweites.

Wandelt sich die Struktur der Wirtschaft, dann entfallen notwendigerweise die bisher gültigen Erfahrungstatsachen. Denn darin äußert sich ja der Strukturwandel, daß alles bisher Gültige auf den Anger der Geschichte wandert — die Grundlagen zweckmäßigen Handelns verschieben sich. Ein Lehrbeispiel dafür bietet die Arbeitslosigkeit. Früher durfte der Verband für die Unterstützung der Arbeitslosen ganz andere Maßstäbe gelten lassen als das jetzt gestattet ist. Die Struktur der Wirtschaft hat sich eben durch die seit Ende des Krieges vollzogene Verlagerung dahin geändert, daß mit kurzen Konjunktur- und langen Depressionsperioden gerechnet werden muß. Ob das der Anfang der Krise des Kapitalismus überhaupt ist, wird von der zuständigen Wissenschaft noch umstritten.

Will der Verband seine Uraufgaben erfüllen, muß er den vollzogenen Wandlungen Rechnung tragen. Die innere Organisation des Verbandes hatte sich durch die wirtschaftlichen Wandlungen dahin verschoben, daß sich die Unterstützungseinrichtungen nicht mehr selbst trugen, und daß Gelder der Gewerkschaftskasse als Zuschuß geleistet werden mußten. Der Verbandstag stand vor der Frage, ob der Verband zukünftig Gewerkschaft oder Unterstützungsvereinigung sein soll. Bei der Aktivität, die die Unternehmer zur Zeit zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch der Kollegen entwickeln, fiel die Beantwortung dieser Frage keinem Delegierten schwer. Der Verbandstag entschied einmütig: *Der Verband bleibt Gewerkschaft!*

Verbandsbeitrag.

Diese grundsätzliche Entscheidung mußte alle weiteren Beschlüsse zwangsläufig machen und der Verbandstag zog alle daraus folgenden Konsequenzen. Als Gewerkschaft hat der Verband in erster Linie die Kampfkraft zu stärken und alles zu unterlassen, was diesem Ziel hinderlich sein könnte. Der Verbandsleitung wurde deshalb vom Verbandstag folgende Richtlinie gegeben:

„Der Verbandstag bekräftigt von neuem den Beschluß des Kölner Verbandstages, nach dem der Kampffonds des Verbandes zu stärken ist.

Die für die Gewerkschaftskasse bestimmten Beitragsteile dürfen zur Finanzierung der Unterstützungskassen nicht verwendet werden. Jeder Unterstützungszweig muß sich selbst tragen. Verbandsvorstand und Verbandsbeirat erhalten Vollmacht, Höhe und Dauer der einzelnen Unterstützungszweige vorübergehend zu ändern.“

Mit dieser Entscheidung des Verbandstages waren die Unterstützungssätze der einzelnen verbandlichen Unterstützungsarten zum einfachen Rechenexempel geworden. „Jeder Unterstützungszweig muß sich selbst tragen“. Also darf nicht mehr an Unterstützung ausgegeben werden, als eingenommen wird. Da das verbandliche Unterstützungswesen auf der Basis der Solidarität beruht, muß der Unterstützungssatz um so kleiner werden, je größer die Zahl der Unterstützungsempfänger wird. Um auch hier nach Möglichkeit Vorsorge zu treffen, entschloß sich der Verbandstag zu einer Erhöhung des Verbandsbeitrages um 20 Pfennig. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Kollegen ist nach wie vor die wichtigste Aufgabe des Verbandes. Hieraus resultieren Kämpfe, die nur mit Erfolg geführt werden können, wenn neben der geistigen Bereitschaft der Kollegen, dem Verbandsbeirat die notwendigen finanziellen Mittel zugeführt werden.“

Der Verbandstag beschließt deshalb, mit Beginn des 4. Quartals 1931 den wöchentlichen Beitrag auf 2,40 Mk. festzusetzen.“

Von den erhöhten Beiträgen bekommt die Gewerkschaftskasse nichts. Die 20 Pf. sind vielmehr wie folgt aufgeteilt worden:

- 5 Pfennig für die örtliche Verwallung,
- 5 Pfennig für die Arbeitslosenkasse,
- 5 Pfennig für die Krankenkasse,
- 5 Pfennig für die Invalidenkasse.

Zur Gestaltung des Beitrages gehört auch noch folgender Beschluß:

„Der Verbandstag ist mit der Gründung eines internationalen Widerstandsfonds zur Durchsetzung eines Minimalprogramms der Arbeitsbedingungen einverstanden und ermächtigt den Verbandsvorstand, auf dem nächsten internationalen Kongreß in diesem Sinne zu wirken.“

Die Finanzierung dieser Widerstandskasse soll mit jährlich 0,50 Mk. als Extrabeitrag von den Mitgliedern erfolgen.“

Zu diesem Beschluß wird noch gesondert erläuternd Stellung genommen werden.

Wie schon hervorgehoben worden ist, verpflichtete der Verbandstag die Verbandsleitung, die für die Gewerkschaftskasse bestimmten Beitragsanteile zur Finanzierung der Unterstützungskassen nicht zu verwenden.

Jeder Unterstützungszweig muß sich selbst tragen. Um durch diesen Entscheid die Unterstützungssätze nicht allzu schwankend werden zu lassen, wurde noch folgender Beschluß gefaßt:

„Wenn die durch den Verbandstag beschlossene Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung bezüglich ihrer Höhe durch Rückgang der Einnahmen gefährdet wird, hat der Verbandsvorstand das Recht, einen befristeten Stützungsbeitrag auszuschreiben.“

Das vorläufig zum Verbandsbeitrag.

Unterstützungen.

Entsprechend den vorher gefaßten Beschlüssen wurden die Unterstützungen wie folgt bemessen:

Arbeitslosenunterstützung:

nach 52 Beiträgen 6 Wochen à 12 Mk.
nach 156 Beiträgen 9 Wochen à 12 Mk.
nach 260 Beiträgen 12 Wochen à 12 Mk.
nach 390 Beiträgen 15 Wochen à 12 Mk.
nach 520 Beiträgen 18 Wochen à 12 Mk.

Krankenunterstützung:

An Krankenunterstützung wird geleistet:

nach 52 Beiträgen bis 54 Mk.
nach 156 Beiträgen bis 81 Mk.
nach 260 Beiträgen bis 108 Mk.
nach 390 Beiträgen bis 135 Mk.
nach 520 Beiträgen bis 180 Mk.
nach 1040 Beiträgen bis 270 Mk.

Der normale Wochenunterstützungssatz soll 9 Mk. betragen. Für die gegenwärtige Notzeit beträgt die wöchentliche Krankenunterstützung:

bei 12000 Beitragszahlern 4,50 Mk.
bei 13000 Beitragszahlern 5,— Mk.
bei 14000 Beitragszahlern 5,50 Mk.
bei 15000 Beitragszahlern 6,— Mk.
bei 16000 Beitragszahlern 6,50 Mk.

Die Endbezugssumme wird durch die festgelegten Unterstützungssätze nicht befristet.

Invalidenunterstützung:

Die Wochenunterstützung beträgt:

nach 780 Beiträgen 6 Mk.
nach 1170 Beiträgen 7 Mk.
nach 1560 Beiträgen 8 Mk.
nach 1950 Beiträgen 9 Mk.

Für die nach dem 30. Lebensjahr dem Verband beigetretenen Mitglieder reduziert sich jeder Wochensatz um 1 Mk.

Dazu gilt folgende Übergangsbestimmung:

„Diejenigen invaliden Mitglieder, die ihr Bezugsrecht auf Invalidenunterstützung noch nicht erreicht haben und sich bisher durch einen Wochenbeitrag von 55 Pf. das Anrecht auf Invalidenunterstützung nach § 26 der Ausführungsbestimmungen gesichert haben, zahlen bis zu ihrer Bezugsberechtigung auf Invalidenunterstützung pro Woche auch weiterhin 55 Pf.“

Witwenunterstützung:

An Witwenunterstützung wird gezahlt:

nach 780 Beiträgen 200 Mk.
nach 1170 Beiträgen 300 Mk.
nach 1560 Beiträgen 400 Mk.
nach 1950 Beiträgen 500 Mk.

Die Bezüge an Sterbegeld werden nicht geändert.

Das sind die Beschlüsse zu den Unterstützungsanordnungen des Verbandes.

Zu betonen, daß diese tiefeinschneidenden, die Kollegenschaft stärkstens belastende Beschlüsse von den Delegierten des Verbandes nur ungerne gefaßt worden sind, ist sicher überflüssig. Die Kollegen, die entschieden haben, stehen in den Betrieben oder sind arbeitslos. Das besagt zugleich, daß neben der Wertschätzung unserer Organisation solche Entscheide nicht nach Gefühlsempfindungen, sondern mit kühlem Verstande nach nüchterner Berechnung getroffen werden müssen. Nur ein Narr kann mehr geben als er hat. Wenn der Verbandstag mit geradezu bewundernswerter Rücksichtslosigkeit den Klassenkampfstandpunkt des Verbandes und seine Pflicht zur gewerkschaftlichen Arbeit herausgestellt hat, so hat er zugleich die Zeichen der Zeit richtig gedeutet. Wie tief die Krise das Wirtschaftsleben berührt, zeigen die Vorgänge in England bengalisch. Und wie die Unternehmer mit Hilfe der staatlichen Macht zuungunsten der Arbeiterklasse die Krise auszunutzen versuchen, erlebt jeder Kollege tagtäglich. Soll diese Schikanierung, diese Bedrückung, dieser Kampf ohne Moral, dieser Eigennutz für immer hingenommen werden? Die Beschlüsse des Verbandstages geben auf diese Frage eine eindeutige Antwort! Es kommt bestimmt wieder eine andere Zeit! Vorläufig aber heißt es, so schwer es auch dem einzelnen fallen mag: Zähne zusammengebissen und durch!

Die Auswirkungen des preußischen Volksentscheides

In Verfolgung ihrer parteipolitischen Machtgüste haben die Stahlhelmlöhner und Nationalsozialisten zu dem Mittel des Volksentscheides gegriffen, unbekümmert um die nicht nur für Preußen, sondern für das ganze Reich entstehenden Folgen. Nicht nur unbekümmert um die etwaigen Folgen wollen sie das wirtschaftliche Chaos heraufbeschwören und das Volk in noch größeres Elend hineintreiben, um ihre frevelhaften Machtpläne zu verwirklichen. Was sie dabei der ganzen Staatswirtschaft für unendlichen Schaden zufügen und das Land direkt an den Ruin bringen, ist ihnen gleichgültig, die Hauptsache ist, daß sie die in ihren Parteiprinzipien verkörperten Bestrebungen zur Erlangung der Herrschaft in die Tat umsetzen.

Das Ziel dieser Bestrebungen war, die preußische Regierung zu stürzen, die unter Braun und Severing die tatkräftigste Stütze der deutschen Republik geworden war. Diese Republik und den so verhaßten Marxismus galt es zu bekämpfen bis aufs Messer, und dazu war ihnen das Mittel des Volksentscheides recht. Das feste Bollwerk, das Preußen gegen die Reaktion verkörpert, sollte gestürzt werden, um das seit langem befahdene System zu beseitigen. Man will eine in reaktionärem Geiste handelnde Regierung haben, die auf die Zustände der früheren Staatsform hinarbeitet. Der ganzen Aufführung lag der Plan zugrunde, ein Preußen der Vorkriegszeit entstehen zu lassen, in dem die Junkerherrschaft und andere reaktionäre Zustände wieder in vollem Umfange zur Geltung kommen sollten. Die kommenden Männer für das neue Preußenkabinett standen ja schon auf dem Papier. Dieses Ziel sollte mit Einsetzung aller Kraft erreicht und damit gezeigt werden, daß die Demokratie in Deutschland abgestorben ist. — Die gemachten Anstrengungen waren groß. Man konnte nach dem dürftigen Ausgang des Volksbegehrens wenig Hoffnung auf einen günstigen Ausfall des Volksentscheides hegen. Mit 6 Millionen Stimmen, die man noch dazu nur unter dem wirtschaftlichen Druck erreicht hatte, der auf den großen Gütern Ostpreußens und Pommerns auf die Landbevölkerung und die Geschäftsleute in kleinen Orten ausgeübt wurde, konnte man keine Parade machen. Deswegen war die Aussicht auf ein Gelingen des Volksentscheides auf Null gesunken, als zur rechten Zeit noch, ebenso überraschend wie unbegreiflich für jeden, die Kommunisten als rettender Engel erschienen. Die kommunistische Parteileitung hatte für ihre Anhänger die Parole ausgegeben, am 9. August

für den Volksentscheid des Stahlhelms und der verbündeten Parteien zu stimmen. Eine Handlung wie sie aufsehenerregender, aber auch als Charakterlosigkeit für eine, sich wahre Arbeiterpartei nennende politische Gruppe nicht überboten werden kann. Hier finden sich zwei bis auf den Tod stetig bekämpfende Parteien zusammen, um einer korrekt geleiteten, geregelten Staatsform den Todesstoß zu versetzen. Die eine Partei, für die das Wort „Marxismus“ der Schrecken aller Schrecken bedeutet, und die andere Partei, für die das Wort „Faschismus“ das Schlimmste aller Dinge ist. Diese extremen, einander feindlichen Parteien reichen sich jetzt die Hand zur Bekämpfung eines gemeinsamen Feindes, um — nach gewonnener oder verlорener Schlacht — sich gegenseitig wieder die Köpfe einzuschlagen. Denn daß Todfeinde wie diese, nach abgelaufenem Waffenstillstand wieder friedlich nebeneinander positive Arbeit leisten werden, wird wohl niemand glauben.

Mit ziemlicher Sicherheit ist anzunehmen, daß die Parole: „Unterstützung des Volksentscheides durch die Kommunisten“, auf Anregung von Moskau ausging, was dabei wieder seine Sonderabsichten hatte. Vielleicht kalkulierte es so: Wenn der Volksentscheid mit Hilfe der Kommunisten durchgeht, der preußische Landtag aufgelöst wird und die Regierung erledigt ist, greift die Gärung auch auf das Reich über, der Boden für den Bolschewismus ist frei und damit ein weiterer Raum für die Vorbereitungen zur Weltrevolution gegeben.

Obleich die Landtagssession sowieso im Mai 1932 zu Ende gewesen wäre, hatte man es furchtbar eilig mit der geplanten Auflösung, aber man wollte nur — natürlich für den Fall des Gelingens des Volksentscheides — dokumentieren, daß die Demokratie in Todeszuckungen liegt. Bei völligem Gelingen des Planes könnte — nach Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften — die Auflösung des Landtages erst im Oktober erfolgen. Die Neuwahlen würden dann nach 60 Tagen, also nicht vor Mitte Dezember stattfinden. Dann würde erst einen Monat nach den Wahlen der neugewählte Landtag, also Mitte oder Ende Januar nächsten Jahres zusammentreten.

Daß bei diesem Volksentscheid das größte Durcheinander herrschte, ist angesichts dieser politisch verschiedenartigen Strömungen nur zu natürlich. Beide entgegengesetzten Richtungen benutzen den Volksentscheid, um ihre parteiegoistischen Ziele verwirklichen zu können. Die einen, um zur Diktatur zu gelangen, und eventuell auf diesem Wege die Bahn für eine Wiederaufrichtung des Kaisertums ebnen zu können, die anderen, um das Terrain für eine Weltrevolution frei zu machen. Wenn wir auch schon gewöhnt sind, daß bei wichtigen Abstimmungen im Parlament beide Parteien miteinander gingen und wichtige, für den sozialen Fortschritt entscheidende Gesetzesvorlagen zu Fall brachten, so liegt doch dieser Fall besonders kraß und zeugt von dem niedrigen politischen Niveau der Kommunisten.

Durch die Wahlergebnisse des 14. September 1930, die wohl nur aus der großen Not, aus der ungläublichen, noch nie dagewesenen Wirtschaftskrise des deutschen Volkes hervorgegangen war, wurde die erste Beunruhigung in die Bevölkerung getragen. Es war eine Verirrung der deutschen Wähler, die glaubten, nun im Nationalsozialismus das Heilmittel gegen diese und spätere Krisen gefunden zu haben. Dabei übersah man aber, daß es sich um eine durch kapitalistische Fehlleitung hervorgerufene Krise handelt, die sich über die ganze Welt ausgebreitet hatte. Verängstigt durch die Hetz- und Lockreden nationalsozialistischer Klopffechter und Agitatoren, die es verstanden hatten, nicht bloß ältere Leute, Angestellte und Arbeiter, Bauern aus Ostpreußen, Pommern, Oldenburg usw., die dem Landbund den Rücken gekehrt hatten, zu gewinnen, sondern auch die noch unreifen jungen Leute, die gern Soldat spielend, sich als Brauhemden in militärischem Aufzug gefielen, in ihren Bann zu ziehen. Vielleicht war diese Propaganda — eine Spekulation auf die Förderung der militärischen Instinkte der Jugend — nicht schlecht gedacht, indem man von dem Gedanken ausging, daß der in der Jugend gelegte Grund zu einer politischen Idee, selbst wenn es als Massendruck eingepakt ist, auch ausschlaggebend ist für eine spätere politische Einstellung. Diese konsequente Propaganda, verbunden mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, sicherten den Nationalsozialisten den ungeahnten Wahlerfolg. In der Tat ist ja auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den bestehenden Zuständen — aber mißverstanden bezüglich der Ursachen derselben — der Grund für das beispiellose Emporschnellen der Nationalsozialisten. Die Unzufriedenheit ist — und war schon früher — der Nährboden für derartige politische Neugebilde, man kann sagen, sie ist der Boden, auf dem Sumpfgewächse, wie der Nationalsozialismus gedeihen.

Mit diesen Vertretern des Faschismus verbinden sich ihre Todfeinde, die Kommunisten, zu dem gleichen Ziel, die preußische Regierung zu stürzen, und stempeln den Volksentscheid der Stahlhelmlöhner zu einem roten Volksentscheid.

Die Wahrheit mehr auf den Kopf zu stellen und eine größere Verdrehung der Tatsachen, die

wohl bloß mit der Größe an Charakterlosigkeit einer Partei Schritt hält, ist wohl kaum vorgekommen. Hinter diesem Volksentscheid stehen Hugenberg und das Großkapital mit dem Ziel, an die Stelle einer parlamentarischen Demokratie die Diktatur des Faschismus aufzurichten. Der Ehrgeiz eines Hitler strebt danach, Diktator zu werden. Dann soll, nach dem Wunsch der nationalen Opposition, der Weg noch weiterführen — über eine Diktatur zum Kaiserreich. Zu diesem Volksbetrug, der seitens der Kommunisten, die sich wahre Arbeiterfreunde nennen, ein noch größerer Volksverrat ist, als seitens der Nationalsozialisten, geben die ersten die Hand.

Forderte doch die „Rote Fahne“ noch am 10. April 1931:

„Kein Werktätiger darf sich verleiten lassen, gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern für deren Volksbegehren aufzumarschieren!“

Dieselbe „Rote Fahne“ verlangt heute umgekehrt, daß alle Werktätigen mit den Junkern und Kapitalisten der Schwerindustrie gemeinsam an die Wahlurne des Volksentscheides herantreten.

Aber alle Berechnungen der siegestrunkenen Radikalen von links und rechts sind fehlergeschlagen, alle Träume derselben nicht in Erfüllung gegangen, dem Volksentscheid ist sein wohlverdientes Schicksal zuteil geworden.

Der 9. August war ein Tag, der eine Schicksalswende des Deutschen Reiches bedeuten konnte, vielleicht für absehbare Zeiten. Das Ausland blickte mit Interesse auf das zu erwartende Ergebnis. Halten ja die Franzosen alle die Aufmärsche, Paraden und sonstigen Kundgebungen der Nazis und Stahlhelmer — zu Unrecht natürlich — für die wahre Gesinnung des deutschen Volkes, aus der sie ein Aufrüsten und Propaganda für einen neuen Krieg herleiten. Bei einem siegreichen Volksentscheid würde das mühsam erreichte Harmonieverhältnis mit Frankreich zerschmelzen und die Aussichten auf die Gewährung von größeren Krediten auf den Nullpunkt herabsinken.

Statt des siegreichen Ausganges des Volksentscheides ist das Gegenteil eingetreten und damit ein weiterer Faktor der Beunruhigung weiter Volkskreise überwunden. Die preußische Bevölkerung hat zu erkennen gegeben, daß es von den Plänen und geheimen Absichten der Reaktion von links und rechts nichts wissen will und deutlich von ihnen abrückt. Nur durch diese Lösung der Abstimmung vom 9. August ist die Gewähr gegeben, daß sich der Wirtschaftsverkehr weiter in ruhigen Bahnen abwickelt und die Finanznot des Reiches nach und nach behoben werden kann. Die Versuche, die kurzfristigen Auslandsanleihen in langfristige umzuwandeln, und die gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Kapitalflucht können auch nur Erfolg haben, wenn sie von keinen schweren Erschütterungen des Staatswesens bedroht sind. Nur auf diese Weise kann das Vertrauen des Auslandes gewonnen und damit die Vorbedingungen geschaffen werden, die zur Aufnahme einer größeren Anleihe unerlässlich sind. Daß wir außerdem den bedingungslosen Zahlungsverkehr der Banken und Sparkassen wieder haben, gilt als ein weiteres Moment der Beruhigung.

Alle diese Anzeichen deuten auf eine Stabilisierung hin, während bei einer umgekehrten Lösung des Volksentscheides die Krise sich weiter zugespitzt und vielleicht unabsehbare Folgen nach sich gezogen hätte.

Zugunsten der Kollegen nehme ich an, daß jeder einzelne — obwohl in der freigewerkschaftlichen Bewegung kein politisches Glaubensbekenntnis verlangt wird — sich soviel gesunden Kern bewahrt hat, um sich nicht an einem Aufzuge wie dieser reaktionäre Volksentscheid zu beteiligen. H. K.

Die deutsche Handelsbilanz stark aktiv

Die Handelsbilanz Deutschlands im Monat Juli zeigt stark die Züge der Krise. Die Ausfuhr stieg und die Einfuhr ging zurück. Die tatsächliche Einfuhr betrug 538 Mill. Mk. und ist mit dieser Ziffer auf den niedrigsten Stand angelangt. Gegenüber dem Vormonat ist ein Einfuhrrückgang von rund 70 Mill. Mk. zu verzeichnen. Davon entfallen 40 Mill. Mk. auf die Rohstoffe. Die Ausfuhr stieg von 713 Mill. Mk. im Juni auf 792 Mill. Mk. im Juli; außerdem sind 35 Mill. Mk. an Reparations-Sachlieferungen zu verzeichnen. Die Zunahme der Ausfuhr betrug 80 Mill. Mk.; sie entfällt fast ausschließlich auf die Fertigwaren. Die Handelsbilanz für Juli schließt mit einem tatsächlichen Ausfuhrüberschuß ohne Reparations-Sachlieferungen von 254 Mill. Mk. ab. An der Zunahme der Fertigwarenausfuhr von 75 Mill. Mk. sind insbesondere beteiligt: Maschinen, chemische Erzeugnisse, Textilwaren usw. In der Zeit von Januar bis Juli hat die deutsche Handelsbilanz einen Ausfuhrüberschuß von nicht weniger als 1 1/4 Milliarden Mk. aufzuweisen, wovon 285 Mill. Mark auf die Reparations-Sachlieferungen entfallen.

VERBAND UND BERUF

Kritik über unseren Verbandstag

Verbandstage gehen in ihrer Bedeutung über die Grenzen der eigenen Organisation hinaus. Mit mehr oder weniger Interesse nimmt die Öffentlichkeit von ihnen Notiz. Wir bringen im folgenden die Stellungnahme des „Gewerkschaftlichen Wirtschaftsdienst“ um den Kollegen zu zeigen, wie sich unser Verbandstag in der Gewerkschaftspresse widerspiegelt. Gleichzeitig sehen wir aber auch in diesen Ausführungen eine sehr konzentrierte und sachliche Beurteilung der Arbeit der Erfurter Tagung.

Vom 16. bis 19. August währten die Verhandlungen des Verbandstages der Lithographen in Erfurt. Im April des Jahres 1931 konnte der Verband auf einen 40jährigen Bestand zurückblicken. Den außergewöhnlichen Verhältnissen Rechnung tragend, ist von einer Feier im größeren Rahmen Abstand genommen worden. Der erste Verhandlungstag stand unter dem Zeichen der Geschäftsberichte des Verbandsvorstandes, des Verbandsausschusses und der Schriftleitung. Der Verbandsvorsitzende Haß nahm dabei Gelegenheit, in eingehender Weise die gegenwärtige Lage zu behandeln. Er zeigte auf den Widersinn der heutigen Wirtschaftsführung hin und betonte demgegenüber die Stellungnahme des Verbandes zu dem wirtschaftlichen und politischen Geschehen. Die Arbeiterschaft hat mehr denn je die Verpflichtung, auf dem Posten zu sein, denn die „nationale Selbsthilfe“, welche von dem deutschen Unternehmer propagiert wird, bedeutet einen Angriff auf die Sozialgesetzgebung und das Tarifrecht. In der Aussprache wurde allgemein die Tätigkeit des Verbandsvorstandes anerkannt, was auch dadurch zum Ausdruck kam, daß ein Vertrauensvotum für den Verbandsvorstand einstimmig die Zustimmung durch den Verbandstag fand. Kollege Knoll vom Bundesvorstand legte die Stellung der Gewerkschaften zum Staate dar. Der zweite Verbandsvorsitzende Herbst hatte die Aufgabe übernommen, die technischen Umwälzungen im Gewerbe zu behandeln. Die technische Entwicklung ist nicht zuletzt an der hohen Arbeitslosigkeit im Steindruckgewerbe schuld. Der Verband mußte 1930 das vierfache des Betrages vom Jahre 1927 an Arbeitslosenunterstützung auszahlen. Die Ausführungen zeigten, daß im Steindruckgewerbe kein Stillstand in der technischen Entwicklung eingetreten ist. Der Verbandstag war einig in der Forderung, daß alle Kräfte angespannt werden müssen, um in der Arbeitslosenfrage eine Erleichterung zu bringen. Neben einer Beschränkung der Lehrlingszahl dürfte das in einer merklichen Arbeitszeitverkürzung zu erreichen sein. In seinem Schlußwort faßte der Kollege Haß noch einmal die Tätigkeit des Verbandstages zusammen. Er betonte die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren und hob besonders die volle Einmütigkeit hervor, mit welcher die weittragenden Beschlüsse gefaßt wurden. Sämtliche Verbandsangestellten wurden durch den Verbandstag einstimmig wiedergewählt. Diese Tatsache ist ein Beweis für das Vertrauen, welches die Kollegenschaft in die Verbandskörperschaften setzt und läßt eine weitere gute Entwicklung dieser zwar kleinen aber stabilen Organisation erhoffen. Wenn auch kein großes Organisationsgebiet mehr vorhanden ist (97 v. H. der Berufsausgehörig sind organisiert), so dürfte doch die Festigkeit auch in der Zukunft außer Frage stehen.

Hast du die Verbandstagsnummer gelesen?

Die Schriftleitung unserer Verbandszeitungen hat auf dem Verbandstage eine relativ gute Beurteilung gefunden. Was zu den Zeitungen gesagt wurde, waren in der Hauptsache Wünsche um bessere Berücksichtigung spezieller Stoffgebiete, die nach Möglichkeit erfüllt werden sollen. Die reichhaltig ausgestattete Verbandstagsnummer der „Graphischen Presse“ fand besondere Beachtung. Aber auch außerhalb der Kollegenreihen wurde das Verbandsorgan gelesen und gut beurteilt. So schreibt der Berliner „Vorwärts“:

„Die ‚Graphische Presse‘, das Organ des Verbandes der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe, ist diesmal in einem Umfang von 16 Seiten in festlicher Aufmachung erschienen, und zwar aus Anlaß des Verbandstages, der in der Zeit vom 16. bis 19. August in Erfurt abgehalten wird. Außer dem poetischen Beitrag von Peter Kampeich und dem Artikel der Redaktion: ‚Gebt Raum!‘, haben Paul Ufermann, der Verbandsvorsitzende Joh. Haß, Ernst Herbst und Arthur Freudentanz beachtenswerte Beiträge geliefert, während Max Schamberger aus Erfurt Geschichte berichtet. Alles in allem: eine gute Leistung.“

Berufliche Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser

Über die Gefahren, welchen unsere jungen ausgelernten Kollegen infolge unverschuldeter Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, sind an dieser Stelle des öfteren Ausführungen gemacht worden. Um wenigstens einigermaßen diesen ungeheuren Benachteiligungen der unglücklichen Opfer der Wirtschaftskrise zu steuern, hat der Vorstand der Mitgliedschaft Chemnitz nach Wegen gesucht, hier Abhilfe zu schaffen.

Im Januar d. J. wurde ein Antrag an das hiesige Arbeitsamt eingereicht, um Bereitstellung von Mitteln zur Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser zu ermöglichen. Im Einvernehmen mit der Handwerkerschule wurde ein Lehrplan festgelegt, und das Arbeitsamt genehmigte nach Einsicht in den Lehrplan die Mittel dazu. Alle Sparten unseres Gewerbes waren bei dem Kursus, welcher 4 Wochen dauerte, vertreten. Lithographen, Steindruckere, Chemigraphen, Retuscheure und Photographen nahmen die Gelegenheit dieses Fortbildungskurses wahr. Was den Lehrplan besonders wertvoll macht, ist seine Bedeutung vor allem für den jugendlichen Erwerbslosen. So wollen wir gern anerkennen, daß der Deutschunterricht eine wertvolle Nachhilfe gewesen ist. Der Unterricht erstreckte sich nicht nur auf Ratschläge für Offertenschreiben, sondern es wurden auch wichtige Bestimmungen aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch und der Gewerbeordnung behandelt. Daneben wurden Fragen der Gewerbehygiene zur Diskussion gestellt.

Die fachliche Weiterbildung gliedert sich in theoretischen und praktischen Unterricht. Im theoretischen Unterricht wurden grundlegende Kenntnisse in der Chemie und Optik vermittelt. Daneben wurden selbstverständlich die Rohstoffe, die in unserm Gewerbe bearbeitet werden, einer Behandlung unterzogen und so ein Verständnis für Papier, Farbe und die gebräuchlichsten Chemikalien unserer Berufe ermöglicht.

Sehr wertvolle Anregungen nahmen jedoch die Kollegen aus dem praktischen Unterricht mit. Für die einzelnen Sparten war Gelegenheit gegeben, unter fachmännischer Leitung praktisch zu arbeiten, so daß das Gesamtgebiet der Reproduktion bis zum farbigen Bild praktisch behandelt werden konnte. Die Resultate des praktischen Kursus sind in jeder Beziehung überraschend und hat die Technische Zentrale für ihren Rundsendungsgang Material aus diesem Kursus überwiesen bekommen. Die Notwendigkeit der fachlichen Schulung unserer jungen Kollegen zeigte sich sehr bald bei den praktischen Arbeiten. Die lange Arbeitslosigkeit machte sich doch stark bemerkbar und bei manchem war eine Einarbeitungszeit nötig, um die alte Sicherheit zu gewährleisten. Es ist festzustellen, daß z. B. in der Chemigraphie die Wirkung der Atzflüssigkeiten nicht mit Sicherheit angenommen wurde. Bei den Steindruckern zeigte sich vor allem die ungenügende Sicherheit im Abstimmen der Farben. Es wird Aufgabe der einzelnen sein, besonders auf dem Gebiet wo sie ihre Schwächen erkannt haben an sich selbst weiter zu arbeiten.

Betrachten wir die Arbeiten des Kursus insgesamt, so wollen wir gern feststellen, daß hier eine außerordentlich notwendige Arbeit geleistet worden ist. Es soll besonders hervorgehoben werden, daß sich alle Kollegen in großem Eifer und vorbildlichem Fleiß dem Kursus betätigt haben. Ein Zeichen, daß die lange Arbeitslosigkeit nicht degenerierend auf die jungen Gemüter gewirkt hat, sondern daß der Wille vorhanden ist, beruflich seinen Mann zu stellen, um eine Existenzgrundlage zu finden. Nur so ist dem Gewerbe der Nachwuchs zu erhalten. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet ist dieser Kursus als gelungen anzusehen und soll Ansporn sein, gelegentlich Ähnliches zu wiederholen.

Weltmarktwaren weit unter Vorkriegspreis

Trotz aller Stützungsversuche der Weltmarktpreise haben diese die Neigung noch weiter zu fallen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage hat sinkende Preise zur Folge, wenn das Angebot groß ist. Es ist beachtlich, daß die auf dem Weltmarkt gehandelten Rohstoffe und Halbfabrikate jetzt weit unter den Vorkriegspreisen liegen. Seit dem Höchststand von 1927 bis 1929 sind ganz ungeheure Preisermäßigungen zu verzeichnen. So ist z. B. Kautschuk von 4,8 Schilling im Jahre 1925 auf 0,3 Schilling im Juni 1931, also auf $\frac{1}{16}$ gefallen. Einen solchen Preissturz eines wichtigen Rohstoffes hat die Welt noch nicht erlebt. Überblicken wir die Preisentwicklung der letzten Monate und vergleichen sie mit dem Jahre 1913, so können wir folgende Feststellungen machen: Ganz wesentlich unter den Vorkriegspreisen sind gesunken: Baumwolle, Blei, Kupfer, Jute, Kaffee, Petroleum, Roggen, Schmalz, Weizen,

Wolle, Zink, Zinn und Zucker. Etwa auf die Hälfte der Vorkriegspreise sind gesunken: Elektrolithkupfer, Jute, Kaffee, Roggen, Zinn und Zinn. Bei den übrigen Rohstoffen ist der Preisunterschied ebenfalls erheblich. Gestiegen sind nur zwei Welthandelswaren: Gold und Silber. Die Gründe für das Steigen dieser beiden im Preise künstlich beeinflussten Waren sind bekannt. Wenn man dies feststellen muß, wundert man sich, daß die Fertigwarenpreise in fast allen Ländern nach wie vor einen so hohen Stand behaupten. Was nutzt es den Verbrauchern, wenn die Weltrohstoffe im Preise wesentlich gesunken sind und die Gebrauchartikel bzw. Lebensmittel nach wie vor einen hohen Preisstand aufweisen. Jute, Baumwolle, Eisen, Kupfer, Weizen usw. kann der Mensch in rohem Zustand weder verbrauchen noch essen. Ein wesentliches Sinken der letzten Verbraucherpreise vermag erst die Lebenshaltung zu erleichtern.

Die Arbeitslosigkeit in Belgien

Die im Verband der Bucharbeiter organisierten Lithographen usw. haben zwecks Ermittlung der Ursachen der großen Arbeitslosigkeit in ihrem Berufe einen Ausschuß eingesetzt, der sich mit den Vertretern der Unternehmerorganisationen an einen Tisch setzen wird, um zunächst einmal auf nationalem Gebiete der Lösung des vorgedachten Problems näher zu kommen.

Der belgische Verband ist sich natürlich darüber klar, daß mit einer derartigen Kommission kein Allheilmittel gefunden ist; aber andererseits wäre es doch ein großer Erfolg, wenn es gelänge, die eine oder die andere der Ursachen zu ermitteln, die, abgesehen von der Weltwirtschaftskrise, die große Arbeitslosigkeit herbeigeführt haben; denn wenn man die Ursachen kennt, wird es vielleicht weniger schwierig sein, Mittel und Wege zu ihrer Beseitigung zu finden.

Dafür, daß die Arbeitslosigkeit der Lithographen innerhalb des Verbandes der Bucharbeiter besonders groß ist, mögen folgende Angaben genügen: Die Anzahl der Lithographen im Verbande der Bucharbeiter beläuft sich auf etwa ein Drittel der Mitgliedschaft (31,5 Proz.); dieses Drittel hat aber fast die Hälfte der, vom Verband im Jahre 1930 ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung erhalten (48 Proz.).

Und noch ein anderes Beispiel: Die meisten Ortsgruppen oder Branchen zahlen aus der Lokalkasse einen Zuschuß an die Arbeitslosen oder Ausgesteuerten; nur die Branche der Photografeure in Brüssel kannte diese Gepflogenheit nicht, aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeitslosigkeit der Berufsausgehörig völlig unbedeutend war; jetzt ist die Zahl der seit längerer Zeit Arbeitslosen auch in dieser Branche so bedeutend, daß der Verbandsvorstand einmal den Betrag von 25000 Franken als Sonderunterstützung zur Verfügung gestellt hat und zum anderen der Branchenvorstand beantragt, einen Extrabeitrag zugunsten der Arbeitslosen zu erheben.

Von den Lithographen in Finnland

Wie in kleineren Ländern üblich, sind auch in Finnland die Lithographen mit den Buchdruckern und Buchbindern zusammen in einem Verbande organisiert; sie sind zwar nicht in großer Anzahl im Lande vorhanden, aber prozentual am besten organisiert, während die weiblichen Buchbinderei- oder Buchdruckerei-Hilfsarbeiter das andere Extrem bilden, also am schwächsten organisiert sind.

Diese Ausführungen wurden gemacht auf dem im Monat Juli stattgefundenen 10. Verbandstage, der von 43 Delegierten besucht war, welche 25 Sektionen vertraten; die ausländischen Verbände waren durch Schweden und Dänemark vertreten. Von dem natürlich ebenfalls anwesenden Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes von Finnland wurde ausdrücklich betont, daß der Verband der Bucharbeiter zur Zeit der stärkste Verband in der neuen Landeszentrale sei, die sich von der, unter kommunistischem Einfluß stehenden losgelöst bzw. neu gebildet hatte.

Der Verbandsvorsitzende wurde denn auch mit ausdrücklichen Hinweis einstimmig wiedergewählt, den Kampf gegen die Kommunisten nachdrücklich fortzusetzen, da diese die bisherige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nur gemehmet hätten. Im übrigen sind die Debatten ziemlich lebhaft verlaufen, wurde doch z. B. eine vom Vorstand beantragte Beitragserhöhung mit der ebenfalls „einstimmigen“ Majorität von 20 gegen 19 Stimmen angenommen.

Zum Schluß sei ausdrücklich das gute Zusammenarbeiten der drei Branchen einerseits und das Bestreben der finnischen Verbandsmitglieder andererseits, auch innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung ein vollwertiges Glied in der großen Gemeinschaft sein zu wollen, betont.

Bedauerlicher Sturz der Arbeiterregierung in England

Die furchtbare Weltwirtschaftskrise hat auch die Arbeiterregierung in England zu Fall gebracht. Dieses Land hat seit 1919 eine immer steigende Arbeitslosenziffer zu verzeichnen gehabt. In den letzten Monaten sind weitere Entlassungen erfolgt. Die Verhältnisse jenseits des Kanals sind ähnlich wie in Deutschland: hohe Arbeitslosenziffern, leere öffentliche Kassen, Absatzmangel der Industrie, ein Schwanken der Währung usw. Die Bank von England, dieses mächtige Institut der internationalen Finanzen, befindet sich in einer Bedrängnis wie noch niemals zuvor. Ein Kredit der Vereinigten Staaten war an harte Bedingungen geknüpft. Aus diesem Wirrwarr wußten die leitenden Männer keinen anderen Ausweg als Einschränkungen, die auch die Arbeiterschaft nicht unberührt gelassen hätten. Eine Sanierung dieser Art wurde von der Mehrzahl der Abgeordneten der Arbeiterpartei unter der Führung der Gewerkschaften abgelehnt. Unter diesen Umständen mußte die Arbeiterregierung zurücktreten. Das Kabinett Macdonald hat mehr als zwei Jahre regiert. Es war nicht leicht eine Arbeiterregierung in den schwierigsten Zeiten, die England je erlebte, durch alle Klippen hindurch zu steuern. Die Bedeutung dieser Regierung ging weit über die Landesgrenzen hinaus. Die Minister Englands waren die stärksten Führer in der Abrüstungsbewegung. Macdonald und Henderson haben in der internationalen Politik ganz neue Wege eingeschlagen. Die Ministerbesuche von Land zu Land waren letzten Endes auf die Initiative der englischen Arbeiterregierung zurückzuführen. Henderson spielte im Völkerbund eine große Rolle als Vermittler bei internationalen Konflikten. Wir befürchten, daß in England die Dinge ihren Lauf in folgender Richtung nehmen: Lohn- und Gehaltsabbau, Abbau der Arbeitslosenunterstützung und sonstiger sozialer Leistungen, Einführung oder Erhöhung der Zölle, Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und was dergleichen unliebsame Dinge mehr sind. Wie aber auch die Neuordnung der englischen Wirtschaftspolitik sich vollziehen möge, in jedem Falle wird die Konkurrenz der englischen Industrie auf dem Weltmarkt in verstärktem Umfange zu spüren sein. England hat seine Löhne viele Jahre hindurch auf einer außerordentlichen Höhe zu halten gewußt. Das war für die übrigen Länder bezüglich der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ein Vorteil. Nun wird ein entscheidender Wandel eintreten. So

schmerzlich der Sturz der englischen Arbeiterregierung für die Arbeiterbewegung aller Länder auch sein wird, ein unabsehbarer Schaden wird aber heraufziehen, wenn der Regierungswechsel zu einer Spaltung der englischen Arbeiterbewegung führen sollte. Was eine solche Spaltung für Schaden mit sich bringt, haben wir in Deutschland sehr deutlich zu spüren bekommen. Die Einigkeit der Arbeiterklasse ist das wertvollste Gut in dem Lande. Da die englische Arbeiterpartei im internationalen Leben eine große Rolle spielt, wäre eine Spaltung ein Keulenschlag für die internationale Bewegung überhaupt. Deshalb blicken wir besorgt hinüber nach dem Inselreich und hegen die Hoffnung, daß das schwere Gewitter sich verziehen möge, ehe es zu einer Zerreißung der englischen Arbeiterbewegung kommt.

Adressenänderungen

2. Nachtrag zum Adressenverzeichnis der Auskunftsteiler und Unterstützungszahler (siehe „Graphische Presse“ Nr. 13 vom 27. März 1931).

- Brandenburg a. d. H.: U.-Ä. Paul Rühlmann, Kurstraße 53.
- Dortmund: A.-E. Rudolf Schaberg, von der Tamstraße 17.
- Düsseldorf: A.-E. Chemigr.: Otto Seiffarth, Calceumerstr. 135.
- Ebersbach i. Sa.: A.-E. u. U.-A. Hermann Bresler, Lutherstr. 12, II.
- Einbeck i. Hann.: U.-A. Bruno Christian, An der langen Gasse.
- Essen a. d. R.: A.-E. Ludwig Dörner, Essen an der Ruhr-West, Drogandstr. 3.
- Frankfurt a. M.: A.-E. u. U.-A. Gustav Groß, Bürgerstr. 69-77, III.
- Hannover: A.-E. Chemigr.: Ludwig Friedrichs, Hannover-Kleeefeld, Tieckstr. 20, I.
- Heidenau Bez. Dresden: U.-A. Albert Eibrich, Heidenau 2 Bez. Dresden, Friedrichstr. 29, II.
- Kaiserslautern: U.-A. Karl Haag, Buchenlochstraße 19.
- Lauban i. Schl.: U.-A. Paul Friedrich, Neustr. 12.
- Limbach i. Sa.: U.-A. Arthur Werner, Chemnitz, Bergstr. 66, II (6-8 Uhr abends).

Internationale Adressen:

- Litauen: O. Tamberg, Kaunas, Kapsu g-ve 45 II.
- China: Jos. Hall, 22 Nanyang Rd. (Bubbling-well Rd.), Shanghai (China).

Vom Büchertisch

Gegen die Arbeitsdienstpflicht. Von Ernst Wilh. Neumann. Verlagsdruckerei Willy Trubach, Berlin N 113. 48 Seiten. Preis 80 Pf.

Durch die dritte Notverordnung der Reichsregierung, die den freiwilligen Arbeitsdienst befristet, hat die Frage der Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht aktuelle Bedeutung bekommen. Die vorliegende Schrift, die sich gegen die Arbeitsdienstpflicht wendet, behandelt ausführlich das heftig umstrittene Problem und bringt umfangreiches Material für die Durchführbarkeit der Arbeitsdienstpflicht bei. Auch der freiwillige Arbeitsdienst, der in einigen Gegenden Deutschlands heute bereits praktisch erprobt wird, wird eingehend erörtert. Wertvoll ist neben dem erdrückenden Beweismaterial die Untersuchung über die Finanzierung der Arbeitsdienstpflicht, ferner die Abhandlungen über die bulgarische Arbeitsdienstpflicht und die Verlängerung der Schulspflicht. Wer sich über die Frage orientieren will, findet hier brauchbares Material.

Die öffentliche Berufsberatung, ihr Wollen und Wirken. Von Dr. Rudolf Wiedwald. Verlag Zentralverband der Angestellten (Otto Urban), Berlin SO 36, Oranienstr. 40-41. Preis 1,40 Mk.

In der Fachfortbildungsschriftenreihe für das Personal der Arbeitsämter erschien im Verlag des Zentralverbandes der Angestellten das dritte Heft: „Die öffentliche Berufsberatung, ihr Wollen und Wirken“ von Dr. Rudolf Wiedwald, Referent in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Berlin. Der Verfasser geht vom Berufswahlproblem der Gegenwart aus und leitet von hier aus Aufgaben und Ziele der öffentlichen Berufsberatung ab. Verbunden mit einem historischen Rückblick wird die Organisation der Berufsberatung in der Reichsanstalt aufgezeigt. In knapper Form findet die Berufsberatung im Ausland Erörterung, bis schließlich die Praxis des Berufsberaters im einzelnen dargestellt und damit dem Heft sein eigentlicher Charakter gegeben wird. Eine wertvolle Ergänzung ist ein angehängter IV. Teil, der das wesentlichste aus Gesetzen, Verordnungen und Erlässen zur Berufsberatung zusammenstellt und schließlich auch die Entschuldigungen und Kündigungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbandstagen sowie öffentlich-rechtlicher Körperschaften umfaßt. Die Schrift schließt ab mit einer Übersicht über die grundlegende Literatur in der Berufsberatung.

Werk im Werden. Von H. Sierakowsky. Verlag Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg.

Diese Schrift erscheint, wesentlich erweitert, in der 3. Auflage. Sie gibt, bisher noch immer, einen glänzenden Überblick über den konsumgenossenschaftlichen Großverkauf. Und damit zugleich auch eine Einsicht in das Wesen der Konsumgenossenschaften überhaupt. Bleibt auch nach wie vor die Aufgabe der Konsumgenossenschaften in Geltung, seine Mitglieder mit guten und preiswerten Waren unter Ausschaltung jeden Profits zu versorgen, spinnen sich von hier die Fäden zur Produktion, die notwendig in der Eigenproduktion ihre Schritzung finden. Und über die Stätten der Eigenproduktion der Großverkaufsgesellschaft berichtet das Buch so vorzüglich, daß wir es jedem zum Studium nur angelegentlich empfehlen können.

Marx-Engels und der kapitalistische Staat. Heft 3 der Sozialdemokratischen Lehr- und Lesebücher. Herausgegeben und eingeleitet von J. P. Mayer. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin.

Das 48 Seiten starke Bändchen kostet nur 50 Pfg. Mit dem vorausgegangenen Heft der Sammlung: Marx-Engels und der kapitalistische Staat (1844-1850) geben beide Bändchen eine wissenschaftlich sorgfältig fundierte und doch durchaus volkstümliche Darstellung der klassischen Staatslehre des wissenschaftlichen Sozialismus.

Den Toten zum Gedächtnis!

1931.

† Am 18. Juli in Schlettau i. Erzgeb. Hermann Müller, Steindrucker aus Buchholz i. Sa., 73 J. alt, infolge eines Verkehrsunfalles (Schädelbruch durch Anfahren eines Radfahrers). — Eingetr. in Schlettau im Erzgebirge am 13. Juli 1919.

† Am 19. Juli in Düsseldorf Hermann Heinen, Retuscheur aus Liebour Kr. Mülheim a. Rh., 73 J. alt, an den Folgen eines Schlaganfalles. — Eingetr. in Berlin am 29. September 1918.

† Am 25. Juli in Kempten i. Ailg. Oskar Schladitz, Steindrucker aus Leipzig-Neuschönefeld, 57 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Leipzig am 27. März 1892.

† Am 25. Juli in Augsburg Matthias Gall, Formstecher aus Augsburg, 82 J. alt, an Darmleiden und Arterienverkalkung, Invalide seit 12. September 1918. — Eingetr. in Augsburg am 3. Januar 1909 (vorher Mitglied im Zentralverein der Formstecher seit 1. September 1902).

† Am 28. Juli in Braunschweig Walter Fronz, Steindrucker aus Braunschweig, 22 J. alt, an Lungen- und Darmtuberkulose, krank 17 W. — Eingetr. in Braunschweig am 27. Mai 1928.

† Am 30. Juli in Berlin Emil Krüger, Chemigraph aus Schwedt an der Oder, 60 J. alt, an Herzleiden, krank 5 W. und 1 T. — Eingetr. in Berlin am 11. Mai 1919.

† Am 31. Juli in Braunschweig Erich Wilke, Steindrucker aus Lehdorf, 20 J. alt, freiwillig aus dem Leben geschieden. — Eingetr. in Braunschweig am 5. April 1931 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 31. März 1929).

† Am 4. August in Leipzig Adolf Baufeld, Photograph aus Leipzig, 27 J. alt, an Blasenleiden und Herzschwäche, krank 18 W. — Eingetr. in Leipzig am 13. April 1919.

† Am 5. August in Braunschweig Karl Kruse, Steindrucker aus Braunschweig, 60 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 17 W. — Eingetr. in Braunschweig am 21. Dezember 1924 (vorher Mitglied im Lebensmittel- und Getränkearbeiter-Verband seit 10. August 1923).

† Am 7. August in Emmerich a. Rh. Hermann Kleinöder, Steindrucker aus Wesel, 63 J. alt, an Herzleiden und Wassersucht, krank 22 W. — Eingetr. in Wesel am 26. April 1925.

† Am 9. August in Berlin Carl Weiß, Chemigraph aus München, 68 J. alt, an Lungentzündung, Invalide seit 12. August 1929. — Eingetr. in Berlin am 23. September 1895.

† Am 11. August in Berlin Georg Zwiebler, Lithograph aus Berlin, 65 J. alt, an Herzlähmung, krank 4 W. — Eingetr. in Berlin am 13. Juli 1919.

† Am 12. August in Nürnberg Leonhard Meier, Steindrucker aus Nürnberg, 64 J. alt, an Herzschwäche, krank 27 W. — Eingetr. in Nürnberg am 27. Juli 1919.

† Am 12. August in Berlin Wilhelm Lubitz, Lithograph aus Berlin, 64 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Berlin am 23. Jan. 1927.

† Am 14. August in Schwenningen a. N. Simon Clement, Lithograph aus Nürnberg, 62 J. alt, an Gallenblasenleiden, krank 19 W. und 2 T. — Eingetr. in Schwenningen a. N. am 17. Aug. 1924 (vorher Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband seit 1. April 1919).

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterberkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personallen (Rufnamen, Geburts- und -jahr) mitteilen. Der Verbandsvorstand.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographic-Qualität
la Auswaschflüktur Zinkätzsais D. R. F.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 30
 Tel. F. 8 Oberbaum 22 56

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist:
Druckpaste „Nürwa“, Trockenmittel „Mallouin“, (bieftrel)
Scharftrockner „Rallo!“ Seit Jahren bestens bewährt
KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,
 Crimmitschau i. Sa., Schieferstraße 4.